

Ein Dossier von MISEREOR in Zusammenarbeit mit der Redaktion WELT-SICHTEN.

Die wirklichen Kosten unserer Lebensmittel

Eine zukunftstaugliche Bilanz

MISEREOR
● IHR HILFSWERK



Editorial



Thomas Antkowiak
ist im Vorstand von Misereor
für den Fairen Handel verantwortlich.

Liebe Leserinnen und Leser,

dieses Editorial schreibe ich unter dem Eindruck vielfältiger Ungewissheiten der durch das Corona-Virus verursachten Pandemie. Werden wir angesichts der Lockerung vieler Einschränkungen hierzulande zu „Normalität“ zurückkehren? Wie wird die Situation weltweit aussehen, vor allem dort, wo wesentlich schlimmere Folgen drohen? Schon jetzt zeichnen sich erste bittere Gewissheiten ab. Privilegien und soziale Ungleichheit werden in unseren Gesellschaften in brutaler Weise offengelegt. Ein „Weiter so“ nach der Krise kann es nicht geben.

Unsere Art zu wirtschaften basiert in Wahrheit nicht auf komparativen Kostenvorteilen und globalisierter Arbeitsteilung. Wenn wir ehrlich bilanzieren, müssen wir einräumen, dass wir auf Kosten von Mensch und Natur wirtschaften. Andere zahlen unsere Rechnung. Was wir dringender als je zuvor brauchen, ist eine andere Bewertung der Kosten und Leistungen entlang globalisierter Wertschöpfungsketten. Nötig sind jetzt Lösungsansätze, die alle gleichermaßen in die globale Verantwortung nehmen.

In diesem Dossier geht es um die wirklichen Kosten unserer Lebensmittel und um den Versuch einer zukunftstauglichen Bilanz, die diese Kosten abbildet. Wirkliche Kosten? Gibt es auch unwirkliche oder gar falsche? Im Grunde ja. Denn der Preis, den wir im Supermarkt für Fleisch oder Kaffee zahlen, ist eben nicht der wirkliche Preis. Wir stellen Unternehmen vor, die schon heute zeigen, wie es gelingen kann, die wirklichen Kosten einzupreisen, damit wir, vor allem gerade die künftigen Generationen nicht teuer für Umweltschäden und Raubbau an der Natur zahlen müssen.

Thomas Antkowiak

Inhalt

3 Die wirklichen Kosten unserer Lebensmittel

Von der Idee zur Umsetzung
Felix zu Löwenstein, Wilfried Wunden
und Markus Wolter

6 Wahre Preise würden die Nachfrage verändern

Ein wirtschaftswissenschaftlicher Beitrag
zur In-Wert-Setzung landwirtschaftlicher
Erzeugnisse
Tobias Gaugler, Amelie Michalke und
Maximilian Pieper

9 Verantwortungsvoll und wirtschaftlich

Der Aufwand für Bio-Rohstoffe muss sich
in den Erlösen widerspiegeln
Stefan Hipp

12 Kredite besser lenken

Wie Banken ganz leicht nachhaltiger
werden
Julian Mertens

14 Produktpreise im Fairen Handel

Interview mit Verena Albert, Fair-Handelsunternehmen GEPA

16 Umweltrisiken beziffern

Über den betriebswirtschaftlichen
Nutzen von Präventivmaßnahmen
Tobias Bandel

18 Was ist politisch zu tun?

Bernd Bornhorst



Kaffeebäuerin in Piura, Peru.
Nach harter Arbeit bleibt ihr
nicht viel zum Leben.

Foto: Florian Kopp / Misereor

Die wirklichen Kosten unserer Lebensmittel

Von der Idee zur Umsetzung

| Felix zu Löwenstein, Wilfried Wunden und Markus Wolter

Stellen Sie sich vor, Sie gehen in den Supermarkt und alle Lebensmittel, die ökologisch und sozial nachhaltig erzeugt wurden, sind günstiger als die herkömmlichen. Bei ihrer Produktion wurde sorgsam mit Menschen und Natur umgegangen. Luft, Boden und Wasser wurden geschont und den Arbeiterinnen und Arbeitern ein auskömmliches Gehalt gezahlt. Dennoch ist ihr Preis niedriger als der von Nahrungsmitteln aus konventionellen Betrieben. Das wäre doch fantastisch, oder?

Die Realität sieht anders aus. Ein Bio-Unternehmer brachte das kürzlich auf den Punkt: „Der Gute ist der Depp.“ Denn die Bio- und fairen Produkte sind aktuell diejenigen, die auf der Kostenseite am meisten zu Buche schlagen, weil sie nach aktueller Rechnungslegung am meisten kosten. Und da über 70 Prozent der Konsumentinnen und Konsumenten nach dem Preis entscheiden, fristen diese Produkte im Markt ein Nischendasein, obwohl ihre Erzeuger die größten Leistungen für die Allgemeinheit bringen.

Die Welternährungsorganisation FAO geht davon aus, dass Farmarbeiter eines konventionellen Betriebes im Durchschnitt durch den Pestizideinsatz über zehn Jahre einen gesundheitlichen Schaden in Höhe von 3000 Euro davontragen. Auch haben wir in Deutschland in den vergangenen 30 Jahren 75 Prozent unserer Insekten-Biomasse verloren – ein Hauptgrund dafür ist der flächendeckende Pestizideinsatz. Solche ökologischen und sozialen Schäden tauchen aber in keiner Unternehmensbilanz

auf. Durch unsere derzeitigen Berechnungen zeigen wir zwar volkswirtschaftliches Wachstum an, aber dabei zerstören wir unsere Grundlagen. Es gilt also, ökologische und soziale Schäden, sogenannte Externalitäten, zu vermeiden. Und das heißt: anders und in vielen Fällen auch weniger zu konsumieren.

| Fairer Einkauf

Der faire Handel hat schon vor 50 Jahren mit einer anderen Art des Wirtschaftens begonnen. Die von Misereor mitgegründete GEPA etwa zahlt den Produzenten im Süden im Durchschnitt das Zweifache des Kaffee-Weltmarktpreises. Zur Planungssicherheit des Handelspartners schließt die Firma Dreijahresverträge ab. Gezahlt wird meistens als Vorauszahlung in Form von kostengünstigen Darlehen. Hinzu kommen Schulungen zu Qualitätsstandards, zu Marktzugang und Risikominimierung. Dies ist ein geradezu provokatives Verhalten ei-

Bei Santarém, Brasilien, wird Soja auf Flößen im Rio Tapajós gelagert. Die ökologischen Schäden des Sojaanbaus in der Amazonasregion sind verheerend.



Foto: Florian Kopp / Misereor

nes Akteurs im Kaffeemarkt, der von niedrigen und schwankenden Preisen, zahlungs säumigen Händlern und unfairen Handelspraktiken dominiert wird. Doch die von der GEPA getragenen Kosten eines solchen Einkaufsmanagements bedeuten strukturelle Nachteile im Markt. Die wirklichen Kosten schlagen sich direkt in einer niedrigeren Gewinnspanne gegenüber der Konkurrenz nieder, die letztlich alle Kosten externalisiert, also auslagert.

Ein Anreiz für nachhaltige Einkaufspraktiken von Handelsunternehmen war die Einführung des Siegels TransFair, heute Fairtrade. Lizenznehmer des Siegels müssen für die Verwendung des Zeichens Handels- und Produktionsvorgaben einhalten und eine Gebühr zahlen. Der Verband Naturland hat vor zehn Jahren weiterführende Kriterien in den Fairen Handel eingeführt. Die Verbindung von Fairem Handel mit dem Bioanbau ist seitdem endgültig etabliert. Eine gedankliche Trennung von sozialen Kosten und ökologischen Kosten ist im Fairen Handel spätestens seitdem hinfällig. Fast Dreiviertel der in Deutschland fair gehandelten Lebensmittel sind inzwischen auch biozertifiziert. Ein weiteres Verdienst von Naturland ist die Einführung fairer Produkte des globalen Nordens, wie der fairen Milch.

Eine Bilanzierung nach wirklichen Kosten würde die Spielregeln ändern, allerdings nur dann, wenn sie nicht eine intellektuelle Übung von alternativen Wirtschaftswissenschaftlern bleibt.

für zertifizierte Ware mit einer Politik der Rohstoffsicherung und Risikominimierung in ihren Lieferketten. Sie gehen davon aus, dass nachhaltige Beziehungen Lieferengpässe verhindern. Die Fairness als solche spielt eine untergeordnete Rolle. Dies wird spätestens bei den Verhandlungen mit den Einkäufern des Lebensmitteleinzelhandels deutlich. Auch für nachhaltige Produkte sind in Deutschland die Margen gering. Größere Unternehmen können solche Herausforderungen noch über Mengenvorteile kompensieren, werden aber unter den jetzigen Rahmenbedingungen nur einen kleinen Anteil ihrer Rohwaren über den Fairen Handel beschaffen.

Nach 50 Jahren hat der Faire Handel nur Teilerfolge erzielt und auch der Bioanbau wird immer wieder wirtschaftlich dafür bestraft, dass er weniger Schäden für die Umwelt verursacht. Eine Bilanzierung nach wirklichen Kosten würde die Spielregeln ändern, allerdings nur dann, wenn sie nicht eine intellektuelle Übung von alternativen Wirtschaftswissenschaftlern bleibt.

| Wirkliche Kosten: Das Beispiel Trinkwasser

Was die Berechnung externalisierter Kosten betrifft, so ist viel Vorleistung erbracht worden. So hat schon im Jahr 2011 das

französische Landwirtschaftsministerium bei den Wasserwerken der Nation erfragt, wie viel Geld diese ausgeben, um das geförderte Trinkwasser von Nitrat- und Pestizidrückständen zu reinigen, damit die europäischen Normen eingehalten werden können. Das Resultat: 1,5 Milliarden Euro mussten die französischen Trinkwasserkunden zu diesem Zeitpunkt mit ihrer Wasserrechnung für die Aufbereitung bezahlen, obwohl die Kostenverursacher ja nicht im Wasserwerk, sondern in der Landwirtschaft zu suchen waren.

Wenn man die Kosten der Reinigung auf den gesamten Grundwasserkörper Frankreichs bezieht, ergibt sich die – theoretische – Summe von 50 Milliarden Euro, die ausgegeben werden müsste, wenn jedes Jahr alles aus dem Wasser wieder entfernt werden müsste, was an Nitrat und Pestiziden dort eingetragen wurde. Zufällig entspricht dies der Bruttowertschöpfung der gesamten französischen Landwirtschaft. Die Bauern müssten also ihre Preise verdoppeln, wenn sie für die Verunreinigung des Trinkwassers aufkommen müssten. Von all den anderen externen Kosten, die mit der Dezimierung der biologischen Vielfalt oder dem landwirtschaftlichen Beitrag zum Klimawandel verbunden sind, ist dabei noch nicht die Rede.

Studien dieser Art gibt es mittlerweile zuhauf. Die Frage ist: Mit welchen Instrumenten kann man die externen Kosten dem Verursacher zuordnen? Es geht darum, die Flaschenhälse zu definieren, an denen solche Kosten administrativ einfach geltend

| Das Ende des fairen Konzepts?

Alle diese Anstrengungen des Fairen Handels in den letzten 50 Jahren waren und sind Versuche, über existierende Märkte eine gerechtere Preisgestaltung zu erzielen, indem soziale und ökologische Kosten zumindest berücksichtigt werden. Doch mit Ausnahme des noch nachholenden deutschen Marktes stagnieren die weltweiten Umsätze im Fairen Handel.

Die Handelsunternehmen oder Lebensmittelverarbeiter, die sich am Fairen Handel beteiligen, begründen ihre Entscheidung



Foto: Florian Kopp / Misereor

Container Im Hafen von Paita, Peru. Die wirklichen Kosten des Seetransports mit Schweröl als Treibstoff tauchen in kaum einer Unternehmensbilanz auf.

gemacht werden könnten, und damit die Hebel, mit deren Hilfe die Erzeugung dort verteuert wird, wo der Schaden entsteht.

| Bei Stickstoffdünger und Pestiziden ansetzen

In der Landwirtschaft ist das insbesondere – wie in der gesamten sonstigen Volkswirtschaft – die fossile Energie. Wird diese mit einem an der Produktion von Treibhausgasen orientierten Betrag ausreichend verteuert, werden auch in der Landwirtschaft energiesparende Technologien interessant und der Anreiz erhöht, erneuerbare Energien einzusetzen. Als erstes würde das den stickstoffhaltigen Kunstdünger verteuern. Bisher werden für die Erzeugung von jedem Kilogramm Stickstoff zwei Liter Erdöl aufgewandt. Das ergibt im Schnitt auf deutschen Flächen 320 Liter Erdöl pro Hektar – ungefähr das Dreifache dessen, was landwirtschaftliche Maschinen in Form von Sprit verbrauchen.

Neben dieser künstlichen Stickstoffquelle gibt es noch eine natürliche: Kot und Urin aus der Tierhaltung. Der Ursprung des darin enthaltenen Stickstoffs liegt im Wesentlichen auf einem anderen Kontinent: auf den Sojafeldern Südamerikas, denen der Urwald hat weichen müssen. Als Eiweißfuttermittel allein für Tiere in Deutschland werden dort auf 2,5 Millionen Hektar Sojabohnen angebaut (was rund einem Fünftel der deutschen Ackerfläche entspricht).

Hier müsste eine Importsteuer angesetzt werden, die allerdings nur europäisch denkbar wäre. Der Eiweiß- und damit Stickstoffimport würde dadurch erheblich kostspieliger

und damit wäre die Tierhaltung bei Weitem nicht mehr im derzeitigen Umfang möglich. Wenn zudem die Haltungsbedingungen durch gesetzliche Änderungen den artgemäßen Bedürfnissen der Nutztiere angepasst würden, würde sich die Fleischproduktion und damit das Fleisch so deutlich verteuern, dass sich auch der Konsum verändern würde. Denn wenn ein Brathähnchen das Zwei- bis Dreifache des jetzigen Preises kosten würde, würde sich selbstverständlich der Verbrauch verringern – was neben allen anderen Vorteilen auch noch zu einer gesünderen Ernährung führen würde.

Ein weiterer Hebel könnte bei den Pestiziden ansetzen. Das Helmholtz-Zentrum für Umweltforschung schlägt vor, eine nach der Giftigkeit des jeweiligen Stoffs bemessene Abgabe auf Pestizide zu erheben. Dann würden die Bauern weniger davon verwenden und stattdessen reichhaltigere Fruchtfolgen einsetzen sowie robustere Sorten anbauen, um die Pflanzen gesund zu halten. Eine interessante Variante dieses Vorschlages wäre, die Einnahmen aus dieser Abgabe nicht in den Staatshaushalt fließen zu lassen, sondern pro Hektar an die Bauern zurückzuzahlen. So würde der gewünschte Effekt erreicht, ohne Geld aus der ökonomisch mitunter ohnehin schon stark gebeutelten Landwirtschaft abziehen.

| Eine europäische Voraussetzung: die Ausgleichsabgabe

Auf Produkte, die ohne „Kosten-Internalisierung“ importiert werden, muss an den europäischen Grenzen eine Ausgleichsabgabe

aufgeschlagen werden, die diesen Unterschied ausgleicht, um Wettbewerbsgleichheit herzustellen. Bis es so weit ist, können Instrumente der Verteuerung nur sehr beschränkt eingesetzt werden. Stattdessen müssen die europäischen Agrar-Fördermittel gezielt dafür eingesetzt werden, Produktionsmethoden zu verbilligen, die ohne oder mit nur sehr geringen externen Kosten auskommen. Diese Diskussion ist gerade jetzt besonders aktuell, da in diesen Tagen die Ausrichtung der neuen europäischen Agrarpolitik diskutiert wird, die bis jetzt den Löwenanteil des riesigen Agrarbudgets im Haushalt der Europäischen Union de facto ohne weitere Auflagen pro Hektar an die Bauern auszahlt. Sozusagen mit der Gießkanne.

Preise, die nicht die ökologische (und soziale) Wahrheit sprechen, lenken Märkte in die falsche Richtung. Denn Preise sind deren wichtigstes Steuerungsinstrument. Weil aber Märkte Allgemeinkosten nicht einpreisen können, ist es die Aufgabe des Staates, Preiswahrheit herzustellen. Sie ist die Voraussetzung für das Funktionieren eines nachhaltigen marktwirtschaftlichen Systems. | |



Dr. Felix Prinz zu Löwenstein

ist Landwirt, Präsident des Bundes für ökologische Landwirtschaft und im Beirat von Misereor.



Markus Wolter

ist Agrarwissenschaftler und arbeitet bei Misereor in der Abteilung für Politik und Globale Zukunftsfragen.



Wilfried Wunden

ist Politikwissenschaftler und arbeitet als Referent für Fairen Handel bei Misereor.

Wahre Preise würden die Nachfrage verändern

Ein wirtschaftswissenschaftlicher Beitrag zur In-Wert-Setzung landwirtschaftlicher Erzeugnisse



Foto: Elena Shchepkova, Adobe Stock

Würden die Umweltfolgekosten auf die Lebensmittelpreise aufgeschlagen, dann wäre Gemüse im Verhältnis zu Fleisch weitaus günstiger und damit attraktiver für Käufer.

tuellen Interessenkonflikt zwischen Verbraucherinnen und Verbrauchern einerseits, und Landwirtinnen und Landwirten andererseits aufzulösen.

Umweltschäden finden aktuell keinen Eingang in den Lebensmittelpreis. Stattdessen fallen sie der Allgemeinheit und künftigen Generationen zur Last, was nicht zuletzt dem „polluter pays principle“ der Vereinten Nationen widerspricht, also dem umweltrechtlichen Verursacherprinzip. Auch gängiger ökonomischer Theorie folgend würden Lebensmittel erst dann zu ihrem wahren Preis (true cost) gehandelt, wenn schädliche Umweltfolgen in den Preis einbezogen (internalisiert) sind. Dieser Zusammenhang soll – zunächst theoretisch – erläutert werden.

Das kleine Einmaleins der Wirtschaftswissenschaften lehrt uns, dass sich der Preis eines Gutes aus dem Verhältnis von Angebot und Nachfrage ergibt. Je günstiger ein Gut angeboten wird, desto mehr wird davon nachgefragt und verkauft. Nun ist der aktuelle Marktpreis vieler Lebensmittel unverhältnismäßig niedrig. Schließlich sind keine Umweltfolgekosten im Preis enthalten. Das führt dazu, dass die Nachfrage nach diesen Lebensmitteln künstlich hoch ist. Im Unterschied dazu würde die Einführung des wahren, die Umweltkosten mit einschließenden Preises eines Lebensmittels dazu führen, dass die Nachfrage danach entsprechend sinkt. Ist ja auch logisch: Wird ein Produkt teurer, so wird weniger davon gekauft. Was müssten Lebensmittel also tatsächlich kosten? Wie viele Umweltfolgekosten müssten auf die aktuellen (Markt-)Preise aufgeschlagen werden?

Umweltauswirkungen und deren Schadenskosten

Zunächst gilt es, die Faktoren zu identifizieren, die sich schädlich auf die Umwelt auswirken. Hierbei beschränken wir uns auf die Auswirkungen der Treibhausgase, der Überdüngung sowie des Energiebedarfs.

| Tobias Gaugler, Amelie Michalke und Maximilian Pieper

Wir sind dabei, Kippunkte in unserem Ökosystem irreversibel zu überschreiten. Daher gilt es, die Bereiche menschlichen Handelns zu identifizieren, die die Umwelt besonders belasten und deshalb dringend nach Korrektur verlangen. Einer dieser Bereiche ist die Landwirtschaft. Umweltschäden, die sie verursacht, müssen sich in den Lebensmittelpreisen wiederfinden.

Mit einem Anteil von 23 Prozent an den weltweiten Treibhausgasemissionen zählt die Landwirtschaft zu den Haupttreibern des Klimawandels. Sie ist dabei der einzige Wirtschaftssektor, bei dem die Höhe der Umweltschäden, die er verursacht, die Einnahmen bei weitem übersteigt. Auch in Deutschland zeigt

sich die Doppelrolle der Landwirtschaft als Verursacher und Opfer: Landwirte erleiden Ernteeinbußen aufgrund zunehmender Extremwittersituationen. Gleichzeitig werden sie von protestierenden Bürgern, die eine Agrarwende fordern, als Verursacher von Umweltschäden kritisiert. Ende letzten und zu Beginn dieses Jahres protestierten tausende Landwirte gegen die ihnen zugeschriebene Rolle des „Buhmanns“ lautstark mit Traktoren auf der Straße. Von der Politik sind Lösungen gefragt. Doch wie könnten diese aussehen?

Der ökonomiebasierte Ansatz, den wir im Folgenden vorstellen, beruht im Kern auf einer simplen Unterscheidung: der Unterscheidung zwischen dem aktuellen (Markt-)Preis landwirtschaftlicher Erzeugnisse und deren bisher unbekanntem „wahren Preis“. Die Einführung eines solchen wahren Preises kann erheblich dazu beitragen, landwirtschaftlich verursachte Umweltprobleme zu verringern und den ak-



Treibhausgase entstehen in der Landwirtschaft vor allem aus Landnutzungsänderungen (etwa wenn Wald zu Acker und dadurch im Wald gebundener Kohlenstoff freigesetzt wird). Zudem bilden sie sich aus den Verdauungsgasen von Wiederkäuern und bei der Erzeugung von Mineraldünger und Pestiziden, aber auch wenn Ernterückstände verbrannt und organischer Dünger eingesetzt wird. Diese Emissionen tragen zur Erderwärmung und zum Klimawandel bei.

Die Stickstoffbelastung entsteht vor allem durch den Einsatz mineralischer Dünger sowie Ausscheidungen von Tieren. Die Folge ist eine Eutrophierung von Ökosystemen: Der Nährstoffgehalt von Gewässern erhöht sich, was wiederum zu nutzlosem beziehungsweise schädlichem Algenwachstum führt. Stickstoffüberschüsse können aber auch zum Verlust von Artenvielfalt führen, zu einem überhöhten Nitratgehalt im Trinkwasser sowie zu negativen Klimaeffekten. Denn überschüssiger Stickstoff entweicht in Form von Lachgas aus den Böden. Lachgas ist besonders schädlich für das Klima.

Auch der landwirtschaftliche Energieverbrauch bleibt nicht ohne Folgen für die Umwelt. Um Dünge- und Pflanzenschutzmittel oder auch Saatgut herzustellen, um Maschinen nutzen, beheizen oder kühlen zu können, ist Energie erforderlich. Deren Erzeugung verstärkt ebenfalls die Klimaerwärmung und die Luftverschmutzung.

Auf Basis des Globalen Emissions-Modells integrierter Systeme (GEMIS) haben wir bestimmt, wie schädlich die Auswirkungen dieser drei Faktoren sind (Abb. 1). GEMIS ist ein Computerprogramm, mit dem sich Emissionen berechnen lassen, die während der Produktion eines Lebensmittels entstehen.

Gestützt auf die Methodenkonvention des Umweltbundesamts zur Ermittlung von Umweltkosten und auf andere Methoden zur Monetarisierung, haben wir diese Umweltschäden anschließend in Schadenskosten „umgerechnet“. Also in Geldeinheiten, die wir in Bezug zu

den aktuellen (Markt-)Preisen für Lebensmittel setzen konnten.

Preisaufschläge und Unterschiede zwischen verschiedenen Lebensmitteln

Um möglichst differenzierte Aussagen treffen zu können, haben wir die Umweltfolgekosten unterschiedlicher Lebensmittelkategorien ermittelt. Wir unterscheiden zwischen pflanzlichen und tierischen Lebensmitteln und betrachten zudem Milchprodukte. Außerdem unterscheiden wir zwischen Lebensmitteln konventioneller und biologischer Herstellung. Bei unseren Berechnungen beziehen wir uns stets auf die Erzeugerpreisebene sowie auf das Referenzjahr 2016.

Es zeigt sich, dass die Preisaufschläge, die nötig wären, um die Umweltschäden konventionell-tierischer Produkte kompensieren zu können, mit Abstand am höchsten sind: Mit einem Aufschlag von 192 Prozent auf die Erzeugerpreise wären diese Lebensmittel knapp dreimal teurer als heute. Biofleisch müsste

sich um 81 Prozent verteuern. Konventionelle Milchprodukte müssten knapp doppelt so viel kosten wie heute; Biomilcherzeugnisse wären 35 Prozent teurer. Lebensmittel pflanzlichen Ursprungs würden sich um 27 (konventionell) beziehungsweise 6 Prozent (biologisch) verteuern (siehe Abb. 2).

Da Bio-Produkte von Haus aus teurer sind, fällt der prozentuale Preisaufschlag bei ihnen geringer aus. Aber auch wenn man absolute Zahlen betrachtet, schneiden Bio-Produkte deutlich besser ab als deren konventionelle Pendanten.

Würden die hohen Umweltfolgekosten den Lebensmittelpreisen aufgeschlagen, würde sich die Nachfragestruktur im Lebensmittelsektor ändern. Zum einen würden tierische Lebensmittel konventionellen Ursprungs – da nun deutlich teurer – in weit geringerem Umfang nachgefragt und durch andere Lebensmittel ersetzt werden. Zum anderen würde sich der Preisabstand zwischen Bio- und konventionellen Lebensmitteln deutlich verringern. Bio-Produkte würden damit attraktiver und in größerem Umfang nachgefragt als heute.

Notwendigkeit und Folgen wirtschaftspolitischer Maßnahmen

Umweltfolgekosten einzubeziehen, ist eine ordnungspolitische Aufgabe und unterliegt dem Primat der Politik. Die Umsetzung kann daher

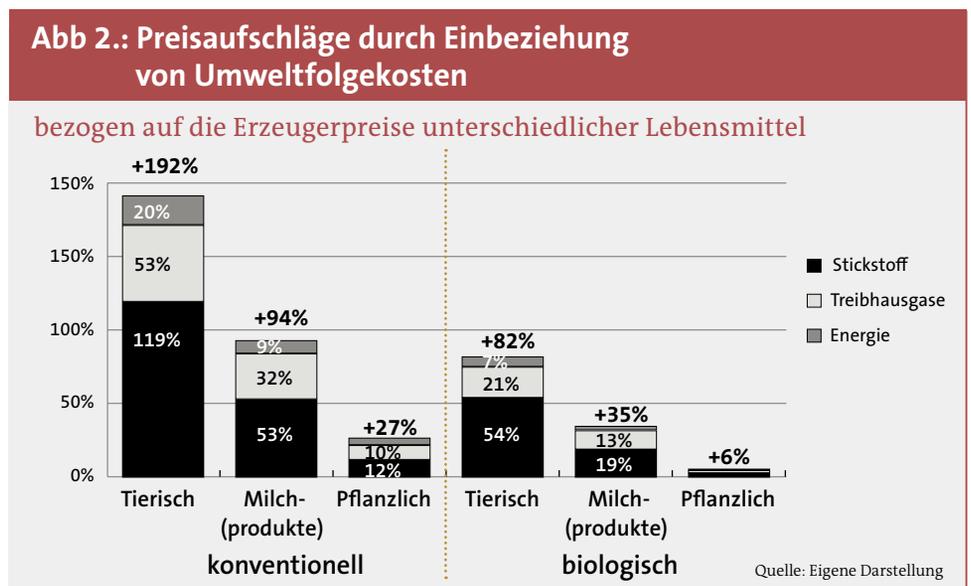


Abb 3.: Durchschnittliche Höhe der Umweltfolgekosten unterschiedlicher Anbausysteme



nicht „von heute auf morgen“ erfolgen. Vielmehr sollte sie schrittweise, aber zügig und für alle Betroffenen planbar vonstattengehen. Ordnungspolitische Instrumente sind beispielsweise Abgaben auf die Emission von CO₂ sowie auf die übermäßige Ausbringung von Stickstoff beim Düngen. Diese Maßnahmen sollten möglichst weit am Anfang der Wertschöpfungskette ansetzen, also bereits bei landwirtschaftlichen Vorprodukten und bei den Landwirten. Die Besteuerung von wenigen Primärprodukten (wie etwa mineralischem Stickstoffdünger) ginge mit leistbarem ordnungspolitischem Aufwand einher und würde automatisch zur Weitergabe der externen (wahren) Kosten an den Endkunden führen. Diese Preisanpassungen der Lebensmittelmärkte würden zu deutlichen Verschiebungen hin zu mehr pflanzlichen und mehr Bio-Produkten führen und gleichzeitig die Umweltschäden deutlich reduzieren.

Man möge nun einwenden, dass es nicht besonders wünschenswert sei, wenn Produkte sich verteuern. Doch letztlich ist dieses Vorgehen für die Verbraucher deutlich kostengünstiger, als den Status quo zu erhalten. Denn die Mehrkosten wären auf diese Art insgesamt geringer, als wenn sie weiterhin ignoriert würden und die Endkunden – an anderer Stelle und zu einem späteren Zeitpunkt – für sie aufkommen müssten: Den Schaden aufzuräumen, den extremen Dürren und Überschwemmungen anrichten, würde deutlich teurer werden, als ihn von vornherein zu vermeiden.

Durch verursachergerechte Lebensmittelpreisauflage hätte der Staat zunächst mehr Einnahmen. Diese sollten jedoch in vollem Umfang an die Landwirte und Bürger rückverteilt werden. Sie könnten zum einen dazu verwendet werden, Landwirten Anreize für eine umweltfreundliche Wirtschaftsweise zu bieten und sie damit möglicherweise sogar finanziell besser zu stellen als bisher: Wer Umweltschäden verursacht, muss dafür bezahlen, wer sie reduziert, soll dafür entlohnt werden. Zum anderen könnten Mehreinnahmen in gleichen Teilen an die Bürger rückverteilt werden. Das könnte zum sozialen Ausgleich beitragen,

da Menschen, die geringe Umweltfolgekosten verursachen, so sogar bessergestellt würden als Menschen mit umweltschädlichem Lebens- und Ernährungsstil.

Parallel zu diesen Maßnahmen erscheint mehr Transparenz über die Höhe der Umweltfolgeschäden sinnvoll. Eine entsprechende Kennzeichnung von Lebensmitteln würde es erleichtern, eine bewusste Konsumententscheidung zu treffen. Dass Kundinnen und Kunden Informationen zur Genese eines Produkts durchaus ernst nehmen und ihr Kaufverhalten anpassen, zeigt beispielsweise die Einführung der Herkunftskennzeichnung bei Eiern. Ein verpflichtendes „zweites Preisschild“ auf Lebensmitteln, das Auskunft über die Höhe der Umweltfolgekosten gibt, ist ebenso denkbar wie eine farbliche Kennzeichnung in Anlehnung an die bei Haushaltsgeräten längst etablierten Energieeffizienzklassen. Die zeitnahe Umsetzung derartiger Maßnahmen wäre ein großer Beitrag zu mehr Ehrlichkeit bei Lebensmittelpreisen und würde helfen, die immensen Umweltfolgen der Lebensmittelproduktion verursachergerecht zu reduzieren.

Verantwortungsvoll einkaufen

Unabhängig davon steht es jedem Bürger schon heute frei, seine Kaufentscheidung dem Stand der Wissenschaft entsprechend und verantwortungsvoll selbst zu treffen. Wir wollen nicht dazu anregen, allzu einfache Folgerungen aus unseren Untersuchungen zu ziehen, da sich die hier vorgestellten Ergebnisse auf Durchschnittswerte einzelner Lebensmittelkategorien beziehen und Faktoren wie Saisonalität und Regionalität noch unberücksichtigt sind. Auch haben wir eine Vielzahl weiterer Faktoren, wie zum Beispiel Pestizide, Antibiotikaresistenzen oder eine Verschlechterung der Bodenqualität, bisher nicht in unsere Berechnungen einbezogen. Dennoch könnten mittels einer Ampelkennzeichnung Lebensmittel mit hohen Umweltfolgekosten (rot) von denen mit einem mitt-

leren (orange beziehungsweise gelb) und geringen Umweltkosten-Rucksack (grün) unterschieden werden (siehe Abb. 3). Dabei tragen biologisch erzeugte einen deutlich kleineren ökologischen Rucksack.

Der in diesem Beitrag vorgestellte Ansatz kann und soll dazu beitragen, die aus der Landwirtschaft resultierenden Umweltschäden zu vermindern, ohne dass der primäre Sektor im Vergleich zu heute schlechter gestellt wird. Die preisliche Wahrheit unserer Lebensmittel aufzudecken, würde den Staat in die Lage versetzen, landwirtschaftliche Betriebe angemessen bei umweltschützenden Praktiken zu unterstützen. Zudem würden sich so faire Preise und Nachfragemuster bilden, die nicht zuletzt auch der Gesundheit der Bürgerinnen und Bürger zuträglich wären. ||

Literatur

Food Systems Group (2018): Second Oxford Meeting On Food System Impact Valuation.

IPCC (2019): IPCC-Sonderbericht über Klimawandel und Landsysteme.

Poore Joseph, Nemecek Thomas (2018): Reducing food's environmental impacts through producers and consumers. Science 360 (6392): 987-992.



Dr. Tobias Gaugler
forscht am Institut für Materials Resource Management (MRM) der Universität Augsburg.



Maximilian Pieper
studiert im Master Politics & Technology an der TU München.



Amelie Michalke
promoviert derzeit an der Universität Greifswald am Lehrstuhl für Nachhaltigkeitswissenschaft und angewandte Geographie.

Verantwortungsvoll und wirtschaftlich

Der Aufwand für Bio-Rohstoffe muss sich in den Erlösen widerspiegeln



Pferdeführer in Costa Rica. Die Bananen werden in grünem Zustand geerntet, sonst würden sie auf dem Weg zur Verarbeitung aufplatzen. Transportiert werden sie traditionell mit Pferden.

Foto: HiPP

| Stefan Hipp

Derzeit trägt die Gesellschaft die Kosten für Schäden, die die Mehrheit der Unternehmen verursacht. Wenn das so weitergeht, müssen unsere Kinder und Enkelkinder hunderte Billionen Euro aufbringen, um die Folgen der heutigen Wirtschaftsweise zu bewältigen. Wir brauchen eine Systematik, die die wahren Kosten von Konsum- und Gebrauchsgütern schnell erfasst.

Als Hersteller von Babynahrung fühlt sich HiPP besonders für kommende Generationen verantwortlich. Aus diesem Grund hat umweltbewusstes und nachhaltiges Handeln in unserem Unternehmen Tradition. Zukunftstauglich zu handeln heißt für uns: die

Natur zu schützen, verantwortungsvoll mit ihren wertvollen Ressourcen umzugehen und die biologische Vielfalt zu erhalten. Das sensible Gleichgewicht von Natur, Mensch und Wirtschaft möchten wir langfristig bewahren.

Die Basis für unsere Babynahrung sind Bio-Rohstoffe. Deshalb ist es für uns selbstverständlich, die Natur und deren Dienstleistungen, wie zum Beispiel die Bestäubung von Pflanzen, zu schonen. Wir betreiben in der Wertschöpfungskette vom Acker bis zum Löffel erheblichen Aufwand, um die Qualität langfristig zu gewährleisten. Dieser Aufwand muss sich in den Erlösen widerspiegeln, sonst können wir am Markt nicht bestehen. Der Ansatz der wahren Kostenberechnung („True Cost Accounting“) ist für uns daher richtungweisend.

Derzeit fehlt eine flächendeckend akzeptierte und einheitliche Systematik, um die

„wahren Kosten“ zu erfassen. Unternehmen können positive Effekte auf Umwelt und Gesellschaft nicht bilanzieren. Im Umkehrschluss müssen auch Umweltschäden momentan nicht eingerechnet werden. Das blendet wesentliche, zukunftsgerichtete Elemente wie zum Beispiel Natur-, Umwelt- und Wasserschutz oder Erhalt der Artenvielfalt in der Berechnung aus und verzerrt Rohstoff- und Regalpreise. Nur wenn vergleichbare Akteure am Markt mit gleichem Maßstab gemessen werden, wird die Basis für die Preisgestaltung gerechter. Über den Ansatz von „True Cost Accounting“ würden nachhaltiges Wirtschaften und nachhaltige Investitionen gefördert und belohnt.

Unternehmensbilanzen könnten gleichermaßen negative wie positive Auswirkungen auf das natürliche und soziale Umfeld abbilden. HiPP befasst sich schon seit 2018 mit Unterstützung der Beratungsfirma Soil & More Impacts mit „True Cost Accounting“ und hat bereits mehrere Kernlieferanten so-



Umweltbildung in einer Schule in Costa Rica. Von klein auf lernen die Kinder, warum die Natur schätzenswert ist.

Foto: HiPP

wie Rohstoffe nach dieser Methode untersucht. Außerdem hat HiPP gemeinsam mit einigen anderen marktführenden Unternehmen, Ernst & Young und Misereor eine Initiative ins Leben gerufen, um „True Cost Accounting“ zu standardisieren.

Unternehmen, die sich wie HiPP freiwillig höhere soziale und ökologische Standards auferlegen, haben aktuell durch ihren Einsatz noch Kostennachteile gegenüber Unternehmen, die ihre Wirtschaftlichkeit auf Kosten der Natur und auf Kosten nachfolgender Generationen aufbauen. Wir sind davon überzeugt, dass sich das durch „True Cost Accounting“ ändern wird. Soziales und ökologisches Engagement reduziert gesellschaftliche Kosten und ökonomisches Risiko.

| Pioniergeist über Branchengrenzen hinweg

Die Folgen des menschengemachten Klimawandels bereiten uns schon jetzt viele Probleme. Die Verfügbarkeit von Rohstoffen schwankt von Jahr zu Jahr mehr. Ein extremes Wetterereignis wie Starkregen oder Hagel in einer Region reicht aus, um ganze Ernten zu vernichten. Zu lange Trockenperioden in Ackerbauregionen, die bislang stabil waren, mindern die Erträge oder führen zu Totalausfällen. Landwirtschaftliche Betriebe sind in ihrer Existenz gefährdet. Das er-

schwert auch für die Abnehmer landwirtschaftlicher Produkte die Bedingungen und zugleich die Kalkulation. Ohne geeignete Rohstoffe können wir – wie jeder andere Lebensmittelhersteller – nicht produzieren. Doch die aktuellen Herausforderungen gehen an keiner Branche spurlos vorbei. Deshalb müssen wir übergreifend und ganzheitlich verstehen, dass wir in unserem täglichen Tun alle einen Teil zur Lösung beitragen müssen.

Der Lebensmittel produzierende Sektor ist neben den in Deutschland vorrangigen Branchen Automobil, Maschinenbau, Elektro- und chemische Industrie im Einfluss vermutlich eher gering. Und doch steckt genau hier die Möglichkeit, Pionierarbeit für das Wirtschaftssystem als Ganzes zu leisten. Schon einmal ist dies gelungen, als meine Familie 1956 begonnen hat, Rohstoffe in Bioqualität anzubauen. Mit unserem Engagement für Biolebensmittel haben wir international Maßstäbe gesetzt und den Grundstein dafür gelegt, dass Bioqualität mittlerweile vielerorts Standard ist.

| Umweltschutz als Lebensversicherung

Nur etwa ein Drittel der Erde kann der Mensch überhaupt landwirtschaftlich nutzen, daher sollten wir die Methoden der Bodenbewirtschaftung intelligent und sorgsam

wählen. Dazu zählt, dass wir uns gemäß den Richtlinien des ökologischen Landbaus um möglichst geschlossene Kreisläufe in unseren agrarischen Betrieben bemühen. 45.000 Tonnen gesunde Erde gehen in jeder Minute unwiederbringlich verloren, weil wir Menschen sie beispielsweise durch Verdichtung, Versiegelung und nicht nachhaltige Bewirtschaftung zerstören.

Angesichts der wachsenden schädlichen Einflüsse auf das Bodenleben hängt die Zukunft des Menschen davon ab, dass wir den Boden erhalten und pflegen. Die Erde kann nicht größer werden, die Menschheit hingegen schon. Bis zum Jahr 2050 benötigen schätzungsweise zehn Milliarden Menschen Nahrungsmittel. Um diese produzieren zu können, braucht es gesunde Böden und eine intakte Natur. Jeder lebensmittelverarbeitende Betrieb und auch die Verbraucher sind auf bestäubende Insekten, humusaufbauende Regenwürmer, nährstoffreiche Böden und vieles mehr als Basis für Obst, Gemüse und Getreide angewiesen. HiPP engagiert sich für den Erhalt des sensiblen natürlichen Gleichgewichts auf vielfältige Weise. Auf unserem familieneigenen Ehrensberger Hof, einem Musterhof für Biodiversität, erforscht HiPP gemeinsam mit Wissenschaftlern, Naturschützern und nichtstaatlichen Organisationen Möglichkeiten zur Förderung der Artenvielfalt und Bodenfruchtbarkeit, die sich im Grünlandbetrieb positiv auswirken. HiPP unterstützt die landwirtschaftlichen Erzeuger nicht nur mit Expertenwissen, sondern fördert biodiversitätsfördernde Projekte auch finanziell.

| Kaufentscheidung lenken

Vor langer Zeit haben Wissenschaftler die Folgen des Raubbaus, den die Menschen seit Jahrzehnten an der Natur betreiben, in einer Detailtiefe vorhergesagt, die uns eigentlich aufschrecken sollte. Doch viele Unternehmen scheinen abzuwarten und in Vogel-Strauß-Manier zu hoffen, dass alle den wissenschaftlichen Fakten zum Trotz weitermachen können wie bisher. Verstehen wir endlich die Dringlichkeit. Wir brauchen mutige Unternehmenslenker, die nicht wegen schnell zu erwartender Gewinne fatale Ent-



Foto: HiPP

scheidungen treffen. Wir brauchen Menschen, die sorgfältig abwägen, welcher Weg zukunftsfähig und welche Art der Unternehmensführung nachhaltig ist. Hierbei kann uns die Transparenz der wahren Kosten als Steuerungsinstrument unterstützen.

Die Bio-Branche boomt und Klimaschutzaktivistin Greta Thunberg steht Pate für den „Greta-Effekt“, der sich in steigenden Verkaufszahlen klimafreundlicher, ökologisch erzeugter Produkte niederschlägt. Verbraucher sind bereit, einen größeren Anteil der Lebenshaltungskosten für Nahrung auszugeben als bislang. Dafür müssen sie aber auch direkt am Preisschild oder dem Produkt erkennen können, ob sie damit Nutzen stiften oder Schaden anrichten. Die Nährwertkennzeichnungspflicht könnte ergänzt werden durch Angaben zum wahren Wert, den das Produkt unter Einbezug der positiven oder negativen Effekte auf Natur und Umwelt tatsächlich hat.

| Einsatz lohnt sich

Der Einsatz für nachhaltigen Landbau lohnt sich aus meiner Sicht auf vielfältige Weise. Ein sehr schönes Beispiel ist hierfür das Costa-Rica-Bananenprojekt, das wir 1996 ins Leben gerufen haben. Die Banane ist für HiPP einer der wichtigsten Rohstoffe. Auf der Suche nach einer nachhaltigen und langfristigen Rohstoffquelle fanden wir im Süden Costas Ricas in der Region Talamanca beste Bedingungen. Mitten im Urwald bauen Nachfahren der Ureinwohner dort alte Bananensorten auf traditionelle Weise an. Die Pflanzen der Sorte Gros Michel stehen vereinzelt

und nicht wie in konventionellen Plantagen üblich dicht an dicht. Erntereste verbleiben als organischer Dünger auf dem Urwaldboden. Auch der Abtransport der Bananen erfolgt traditionell: auf dem Rücken von Pferden, deren Hufe dem Dschungelboden nicht zusetzen und ihn nicht verdichten wie schweres Erntegerät. Diese Bewirtschaftungsart ist die Grundlage für die Qualität der dort geernteten Biobananen. Gleichzeitig erhalten die Kleinbauern dadurch den natürlichen Lebensraum vieler Tier- und Pflanzenarten. Mit rund 1200 Kleinbauern arbeitet HiPP dort erfolgreich zusammen. Langfristige Abnahmegarantien sichern die Existenz der Familien. Von diesem Engagement profitieren vor Ort noch viele weitere Berufsgruppen, wie beispielsweise Erntehelfer, Bootsführer und Pferdehalter. Einheimische und ihre Familienangehörigen müssen zum Broterwerb nicht in größere Städte abwandern. Durch das große, über Jahre aufgebaute Vertrauensverhältnis sichert sich das Unternehmen den Bezug dieses elementaren Rohstoffs, daher ist der Einsatz vor Ort gerechtfertigt. Im Preis für Produkte mit Banane können unsere Kunden diesen Mehrwert, den die Kleinbauern vor Ort und HiPP gemeinsam leisten, nicht erkennen.

| Ehrlich währt am längsten

Sollten sich die wahren Kosten – in welcher Form auch immer – bei allen Lebensmittelherstellern in der Gestaltung ihrer Preisemp-

Kleingewässer auf dem Musterhof für biologische Vielfalt bei Pfaffenhofen erweitern den Lebensraum für Amphibien, die sonst vom Aussterben bedroht sind.

fehlungen an den Handel wiederfinden, hätten wir einen großen Schritt in Richtung mehr Transparenz getan. Würden wir beispielsweise die Kosten für die Trinkwasseraufbereitung in Form höherer Gebühren nicht auf die Allgemeinheit umlegen, sondern unter den Verursachern aufteilen, würden Verbraucher sicher nicht mehr so dann nicht mehr billigem Fleisch aus Massentierhaltung greifen. Bioprodukte erscheinen aktuell vielen Verbrauchern zu teuer. Das Gegenteil ist der Fall und könnte durch eine Berücksichtigung der wahren Kosten flächendeckend kommuniziert werden: Konventionelle Produkte sind viel zu billig.

Selbst im Finanzsektor ist das Thema Nachhaltigkeit jetzt verordnet. Dass sich dies auch kurzfristig auf unternehmerische Entscheidungen auswirkt, ist absehbar. So erhält das Bemühen um die Darstellung der wahren Preise gerade von der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht BaFin Schützenhilfe. Die BaFin rückt Nachhaltigkeitsrisiken in den Fokus und knüpft beispielsweise Vergabekriterien für Kredite an entsprechende Vorgaben.

Das wirkt sich direkt und indirekt auf unternehmerische Entscheidungen aus. Die BaFin beziffert die zu erwartenden Risiken durch den Klimawandel heute auf 550 Billionen US-Dollar. Und das ist nicht das einzige kostspielige Zukunftsszenario: „Auch andere ökologische und soziale Trends können gravierende Finanzrisiken darstellen“ (aus einem Merkblatt der BaFin zum Umgang mit Nachhaltigkeitsrisiken). In unser aller Interesse sollten wir darauf drängen, dass sich die wahren Produktkosten bald auf den Preisschildern finden. Sonst kommt es uns alle früher oder später noch viel teurer zu stehen. Wenn wir jetzt handeln, haben wir noch die Möglichkeit zu tun, was für HiPP an oberster Stelle steht: Die Welt für nachfolgende Generationen lebens- und liebenswert erhalten. | |



Stefan Hipp
ist Bio-Landwirt und führt das Familienunternehmen HiPP in der vierten Generation.



Foto: Pohl / Misereor

Kredite besser lenken

Wie Banken ganz leicht nachhaltiger werden

| Julian Mertens

Banken entscheiden häufig unter rein finanziellen Gesichtspunkten über Investitionen und Kredite. Dabei werden aber externe Kosten nicht berücksichtigt. Die Zahlen geben folglich nicht die ganze Wahrheit und Wirklichkeit wieder. Gäbe es ein System, das soziale und ökologische Kosten berücksichtigt, kämen Banken zu anderen Kreditentscheidungen und die Landwirte zu anderen Geschäftsmodellen.

Die Bäuerinnen und Bauern sind wütend. Die Konsumenten sind verunsichert. Die Politik wagt nur kleine Schritte. Die Debatte um unser täglich' Brot hat einen gemeinsamen Nenner: So kann es nicht weitergehen. Denn wir haben alle zu sehr unsere eigenen Interessen im Blick und vergessen die Natur, die keine Stimme hat. Fest steht: die Landwirtschaft braucht große Veränderungen. Bis 2030 soll der Öko-Landbau bei 20 Prozent

liegen, so das offizielle deutsche Ziel. Derzeit sind es rund 10 Prozent.

Mit Blick auf die ökologischen Gefährdungen werden die Anforderungen noch drängender. Die Nitrat-Belastung überschreitet seit Jahren europäische Grenzwerte. Die Methan- und Lachgasemissionen sind in keinem Sektor so hoch wie in der Landwirtschaft. Der Verlust an Biodiversität könnte laut einer UN-Studie weltweit bis zu 577 Milliarden Dollar pro Jahr kosten.

Was das mit Banken zu tun hat? Sehr viel. Schauen wir darum auf eine Beziehung, die dazu führt, dass Geld, anders als der Volksmund meint, doch stinken kann. Dazu denken wir an einen Landwirt und seine Bank. Diese Beziehung kann sehr eng sein. Man kennt sich, womöglich persönlich, womöglich seit Jahren. Für den Banker oder die Bankerin ist der Unternehmer oder die Unternehmerin in jeder Hinsicht ein offenes Buch. Die wichtigsten Seiten finden sich in der Bilanz und bei der Gewinn- und Verlustrechnung. Hier findet sich das Geschäftsmodell übersetzt in Zahlen. Umsätze, Produktion, Betriebsmittel, Personal. Nach dieser Grundlage kann der Banker eine

Bonität bestimmen und daraus die Kreditwürdigkeit berechnen.

Allerdings: Die Zahlen geben nicht die ganze Wahrheit wieder. Im klassischen Modell

Sozial-Ökologisches Banking

Bezeichnungen gibt es viele: Nachhaltiges, klimafreundliches oder sozial-ökologisches Wirtschaften. Gemein ist solchen Banken, dass sie die gesellschaftliche Wirkung ihres Geschäfts vor den Profit stellen. Dazu nutzen sie Kriterien, die etwa bestimmte Branchen oder Wirtschaftspraktiken ausschließen. Das kann heißen, dass nur Bio-Betriebe als Unternehmenskunden infrage kommen, dass Gentechnik und Pestizide dafür tabu sind. In Deutschland befindet sich nachhaltige Geldanlage auf dem Vormarsch. Neben vielen Fonds und einzelnen Angeboten gibt es reine „Bio-Banken“: GLS Bank, Triodos, Umweltbank, Ethikbank oder die KD Bank. Einen guten Überblick bietet der unabhängige Fair Finance Guide: fairfinanceguide.de

Auf einem Reisfeld auf den Philippinen wird ein Pestizid versprüht. Gesundheitliche Kosten für Bäuerinnen oder Arbeiter werden aus Unternehmensbilanzen ausgelagert.

schauen beide, Landwirt wie Banker, nur auf sich selbst. Sie denken in den Kategorien Kosten, Risiko und Rendite. Im Kredit drückt sich das im Zins aus, bei den Landwirtinnen und Landwirten darin, was sie für ihr Produkt verlangen können.

Was fehlt, sind die Folgekosten für die Allgemeinheit. Denn die industrielle Landwirtschaft mit Massentierhaltung und extensivem Einsatz von Chemikalien hat Folgen. Noch Anfang 2020 beschäftigten illegale Rodungen in Brasiliens Regenwäldern die Welt. Überall erodieren Böden und sterben Arten. In Deutschland macht der Einsatz von Gülle das Trinkwasser teurer, eine vierköpfige Familie muss dadurch fast die Hälfte mehr bezahlen, schätzt das Umweltbundesamt. Die Wasserversorger mahnen seit Jahren zu strengeren Vorgaben, damit die Verursacher die Kosten tragen.

Ein System für normativ „richtige“ Entscheidungen

Das Stichwort Erosion macht schon deutlich, dass auch das Geschäftsmodell der Bäuerinnen und Bauern betroffen ist. Sie sollten ein Interesse daran haben, dass die Preise für ihre Produkte auch die Folgen für die Umwelt widerspiegeln. Experten sprechen von „True Costs“, die die Landwirtschaft nachhaltiger machen können. Denn je ökologischer gewirtschaftet wird, desto geringer fallen dann die Preise aus.

Werden wir konkret: Aufgrund ihres Leitbilds und eines „normativen“ Filters finanziert die GLS Bank nur sozial-ökologische Unternehmen, die nicht auf Kosten der Gesellschaft oder der Natur wirtschaften. Andere Banken entscheiden unter rein finanziellen Gesichtspunkten über Kreditvergaben und Investitionen. Da lohnen sich viele Geschäftsmodelle aber nur, weil externe Kosten nicht berücksichtigt werden. Die Frage wäre daher, ob nicht andere Banken auch zu normativ „richtigen“ Entscheidungen kommen würden, wenn es ein System gäbe, das soziale und ökologische Kosten berücksichtigt – eben die True Costs.

Vor diesem Hintergrund hat die GLS Bank das Beratungsunternehmen Soil & More eine Gesamtkostenanalyse für landwirtschaftliche Betriebe aufstellen lassen. Diese vergleicht die Kostenrechnung von drei Bio-Höfen in Deutschland mit der durchschnittlichen konventionellen Produktion. Neben CO₂-

Emissionen flossen etwa Wasserverbrauch, Erosion und Transport mit ein. Das Ergebnis: Die konventionelle Produktion verursacht Schäden von durchschnittlich über 3500 Euro pro Hektar. Dazu gehören beispielsweise Wasserverschmutzung, Verluste an Biodiversität und CO₂-Emissionen. Hochgerechnet auf die derzeit vorherrschende konventionelle Landwirtschaft in Deutschland entspräche dies Kosten in Höhe von rund 61 Milliarden Euro.

Hingegen erzeugt die Bio-Landwirtschaft einen Nettogewinn von durchschnittlich 885 Euro pro Hektar, weil sie unter anderem die Artenvielfalt sichert, die Bodenfruchtbarkeit erhöht und die CO₂-Emissionen verringert. Dies entspricht hochgerechnet einem Gewinn in Höhe von 1,3 Milliarden Euro, den die Bio-Landwirte schon heute für Mensch und Natur generieren.

Ähnliche Ergebnisse zeigt eine Pilotstudie von Eosta, einem der weltweit führenden Handelsunternehmen von Bio-Obst und -Gemüse. Sie vergleicht biologisch und konventionell angebaute Produkte. Negative Effekte auf Böden und die menschliche Gesundheit flossen in die Studie mit ein. So zeigte sich zum Beispiel bei Äpfeln aus Argentinien, dass diese pro Kilo um 23 Cent teurer würden, wenn das Unternehmen sie konventionell statt biologisch produzieren würde. Pro Jahr würde sich das zu vier Millionen Euro summieren.

Landwirtschaftliche Risiken bekommen einen finanziellen Wert

Auf diese Weise wird die rein finanzielle Sicht der derzeitigen Buchführung von Unternehmen um soziale und ökologische Kosten ergänzt und unternehmerische Entscheidungen könnten auf der Grundlage einer ganzheitlicheren Betrachtungsweise getroffen werden. Gleiches gilt für Kreditentscheidungen bei Banken: Wenn man den True Cost-Ansatz anwendet, bekommen landwirtschaftliche Risiken einen finanziellen Wert. So wie Autohersteller zunehmend für die Emissionen ihrer Autos verantwortlich gemacht werden, müssten Agrarproduzenten die Kosten für die Nutzung der ökologischen Ressourcen übernehmen. Finanzierer können das wiederum zur Bewertung der Kreditwürdigkeit nutzen, sodass ein wahrheitsgetreueres Bild der Finanzlage eines

True Cost in Kürze

Es lässt sich auch ganz ökonomisch betrachten. Durch den Klimawandel werden bestimmte Rohstoffe immer knapper, deren Preise steigen. Bislang kostet es praktisch nichts, Treibhausgase in die Atmosphäre zu emittieren. Diese tragen aber zur Erderwärmung bei. Diese soll laut Pariser Abkommen deutlich unter zwei Grad begrenzt werden. In der Wirtschaft lässt sich das am besten durch einen Preis ausdrücken. Je teurer eine Tonne CO₂ ist, desto höher der Anreiz, sie zu vermeiden. Genauso mit Spritz- und Düngemitteln. Die Politik könnte mit entsprechenden Abgaben die Rahmenbedingungen setzen. Dann würden die Unternehmen folgen und damit auch die Investoren. So könnte eine klimafreundliche Transformation gelingen.

Unternehmens entsteht. Derzeit ist die GLS Bank mit weiteren Partnern dabei, einen Standard für die Bankenwelt zu entwickeln.

Solche Lösungen sind dringend nötig, denn die Banken müssen ökologische Risiken rasch berücksichtigen. Die Finanzaufsichter stehen bereits in den Startlöchern. Noch empfehlen sie nur, die Klimakrise zu berücksichtigen. Im Falle von Landwirtschaft heißt das etwa, Dürre-Sommer und Extremwetter bei Finanzierungen zu beachten. Zudem, so die deutsche Finanzaufsicht, sollten die Kosten für die Umstellung auf nachhaltige Produktion berechnet werden.

Auch die Politik kann dazu beitragen, dass Agrarunternehmen und mit ihnen die Finanzwelt schneller umdenken. Eine Abgabe auf Spritz- und Düngemittel etwa wäre ein Anreiz, ökologischer zu produzieren. Und damit die Nachfrage nach Investitionen zur Umstellung erhöhen.

Letztlich ist es an den Banken, ihr Handeln zu ändern und übrigens auch an deren Kundinnen und Kunden, dies einzufordern. Es beginnt mit der Einsicht, dass ökologische Ressourcen nicht umsonst zu haben sind. Und dass sich mit einem Preisschild schon viel bewegen lässt, um Wut und Verunsicherung aller zu überwinden. | |



Julian Mertens
ist stellvertretender Sprecher der GLS-Bank.

Produktpreise im Fairen Handel

Interview mit Verena Albert, Fair-Handelsunternehmen GEPA

Warum wird im Fairen Handel seit einigen Jahren verstärkt über existenzsichernde Löhne für Produzentinnen und Produzenten diskutiert?

Lange Zeit war es so, dass im Fairen Handel die nationalen Mindestlöhne als Berechnungsgrundlage von Produktpreisen gedient haben. In den vergangenen acht bis zehn Jahren jedoch ist die Diskrepanz zwischen den nationalen Mindestlöhnen in den Partnerländern und den tatsächlichen Lebenshaltungskosten einer Familie immer größer geworden. In den meisten Ländern reicht der Mindestlohn nicht mehr aus, um die grundlegenden Bedürfnisse einer Familie decken zu können. Gestiegene Treibstoffpreise, Strompreise und dadurch erhöhte Lebensmittelpreise haben den Trend weiter verschärft. Seitdem ist das Thema vor allem in der Fair-Handels-Bewegung, aber glücklicherweise auch im konventionellen Handel immer mehr in den Vordergrund gerückt. Die World Fair Trade Organisation (WFTO) hat deshalb 2014 eine Arbeitsgruppe mit dem Titel „Fair Prices, Fair Wages and Living Wage“ gegründet, in der die GEPA von Beginn an mitarbeitet.

Die Arbeitsgruppe hat für die WFTO-Mitglieder eine Strategie hin zu einem existenzsichernden Arbeitsentgelt entwickelt und den Umsetzungsprozess ausgearbeitet. Dazu gehören unter anderem Berechnungsmethoden für existenzsichernde Löhne. Darauf lag bis vor Kurzem der Schwerpunkt, da bei der



Foto: GEPA

Verena Albert arbeitet in der Abteilung Grundsatz und Politik der GEPA. Sie ist verantwortlich für das Monitoring der Handelspartner.

WFTO lange Zeit fast ausschließlich Handwerksorganisationen Mitglied waren. Und im Handwerk geht es um die Berechnung existenzsichernder Löhne. Da aber mittlerweile immer mehr Produzentenorganisationen von Nahrungsmitteln als Mitglieder hinzukommen, wird die WFTO nun in einer gesonderten Arbeitsgruppe eine Methode für die Berechnung eines existenzsichernden Einkommens konzipieren.

Was ist der Unterschied zwischen existenzsicherndem Lohn und existenzsicherndem Einkommen?

Beim existenzsichernden Lohn bezieht sich die Berechnung auf eine Person, die mit Lohnarbeit Geld verdient. Beim existenzsichernden Einkommen von Selbständigen bezieht sich die Berechnung auf den gesamten Haushalt. Bei beiden Ansätzen geht es darum, ein Einkommen zu erwirtschaften, das ein würdiges Leben ermöglicht. Deshalb sind die Ansätze auch größtenteils sehr ähnlich. Der Unterschied besteht allerdings in der Berechnung der Kosten: Es ist vergleichsweise einfach, die Arbeitskosten

einer Lohnarbeiterin zu ermitteln. Bei selbständiger Arbeit, beispielsweise einer Kakao-Bäuerin, ist es kompliziert, einem einzelnen Produkt die tatsächlich entstandenen Kosten zuzuordnen. Welche Energiekosten, welches Kapital, welches Werkzeug, welche Arbeitszeit des Familienbetriebs sind notwendig zum Anbau? In diesem Fall wird daher auf die Gesamtausgaben des Farmbetriebs geschaut.

Die GEPA hat in mehreren Pilotprojekten berechnet, wie hoch die Löhne der bei GEPA-Handelspartnern Beschäftigten sind. Wie waren die Ergebnisse?

Wir haben 2019 zehn unserer Handwerkspartner auf die Zahlung von existenzsichernden Löhnen hin überprüft. Wir nutzen dazu die von der WFTO entwickelten Instrumente. Mit dem Ergebnis waren wir sehr zufrieden! Bei mehr als der Hälfte der insgesamt 38 untersuchten Produkte bezahlen wir bereits einen Preis an unsere Partner, der es ihnen ermöglicht, einen existenzsichernden Lohn zu zahlen, und oftmals sogar deutlich darüber hinaus. Bei den übrigen Produkten waren wir mit wenigen Ausnahmen nur geringfügig von einem existenzsichernden Lohn entfernt. Die GEPA plant nun, solche Berechnungen nach und nach bei allen Handwerkspartnern durchzuführen.

Bei der Kalkulation von existenzsicherndem Einkommen bei unseren Handelspartnern für Lebensmittel sind wir noch nicht so weit wie bei den existenzsichernden Löhnen. Der Grund dafür sind die deutlich aufwändigeren Berechnungen, vor allem bei den Produktionskosten der Farmer. Hier stehen wir auch in Kontakt mit der GIZ, der Deutschen Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit, die gerade ebenfalls eine Berechnungsmethode für ein existenzsicherndes Einkommen entwickelt. Diese Methode soll in der Handhabung einfacher und schneller anzuwenden sein als die bisherigen recht zeitaufwändigen Kalkulationssysteme, wie beispielsweise die „Anker-Methode“ der Berater Richard und Martha Anker.

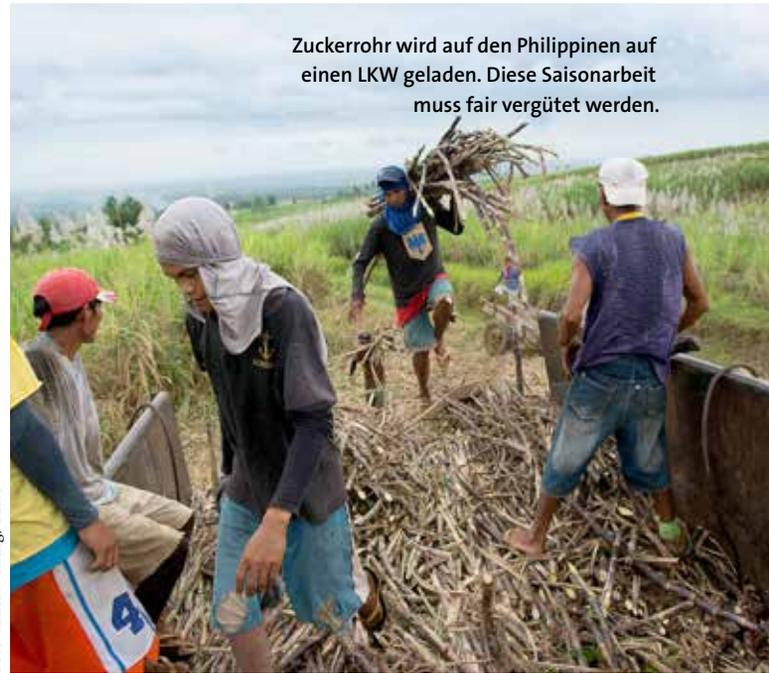
Pionier des Fairen Handels

GEPA – The Fair Trade Company mit Sitz in Wuppertal gehört zu den Pionieren des Fairen Handels. 131 Handelspartner weltweit liefern der GEPA Waren, die im Einzelhandel und in Weltläden verkauft werden. Die meisten Waren sind Lebens- und Genussmittel, darunter Kaffee, Kakao, Tee und Rohrzucker. Misereor gehört (wie auch Brot für die Welt) zu den fünf kirchlichen Gesellschaftern der GEPA.



Bäuerinnen und Bauern pflanzen in Thailand Reissetzlinge. Der Preis nach der Ernte soll zu einem existenzsichernden Einkommen beitragen.

Foto: Anne Welsing, GEPA



Zuckerrohr wird auf den Philippinen auf einen LKW geladen. Diese Saisonarbeit muss fair vergütet werden.

Foto: Anne Welsing, GEPA

Gibt es eine erste Auswertung, wie teuer die Umsetzung des existenzsichernden Lohns im Einkauf für die GEPA ist?

Das können wir natürlich nur für die Produkte sagen, für die wir die Berechnungen vorgenommen haben. Bei diesen Produkten war die Erhöhung des FOB-Preises (Free-on-Bord Preis, das heißt der Preis, den die GEPA an ihre Handelspartner zahlt) minimal und hatte kaum Auswirkung auf den Endverkaufspreis. Eine Ausnahme stellen zwei Produkte dar, bei denen die Differenz zum existenzsichernden Lohn noch etwas höher ist. In diesem Fall wird der FOB-Preis schrittweise erhöht.

Sicherlich wird es aber auch Produkte geben, darunter Lebensmittel, bei denen die Lücke zwischen gezahltem Lohn und existenzsicherndem Lohn beziehungsweise Einkommen größer ist und dies Auswirkungen auf den Endverkaufspreis haben kann. Das ist oftmals abhängig davon, wie arbeitsintensiv die Herstellung eines Produktes und wie hoch dementsprechend der Lohnanteil ist.

Was würde passieren, wenn die GEPA alle ökologischen und sozialen Kosten einpreist? Wie würden sich Preise ändern?

Das ist zum jetzigen Zeitpunkt schwer zu sagen. Es kommt darauf an, was unsere Preise in Bezug auf die sozialen und ökologischen Kosten schon abdecken. Die GEPA ist da durch die Fair-Handels-Kriterien und Bio-Standards bereits sehr weit. Etwa 84 Prozent

unserer Food-Produkte sind bio-zertifiziert, mindestens nach dem EU-Standard, oft aber auch entsprechend den Richtlinien von Naturland. Bei Handelspartnern, die ökologischen Anbau betreiben, werden Kriterien wie Pestizidverbot, Schutz der Umwelt und Artenvielfalt, Biodiversität und Bodenschutz bereits eingehalten und streng kontrolliert. Durch den Bio-Aufpreis, den die Bauern für den ökologischen Anbau erhalten, gehen wir davon aus, dass bereits ein bedeutender Anteil der tatsächlichen ökologischen Kosten abgedeckt ist.

Auch im Hinblick auf die tatsächlichen sozialen Kosten eines Produktes stehen die fairen Produkte schon sehr gut da. Denn durch die Einhaltung und Überprüfung der Fair-Handels-Kriterien wie angemessene Arbeitsbedingungen, Zahlung fairer Preise sowie Sozialleistungen ist bereits ein bedeutender Teil dieser Kosten abgedeckt und im Produktpreis mit einkalkuliert. Konkrete Zahlen haben wir für diese Berechnung noch nicht, wir sind aber darüber mit dem Unternehmen Soil & More Impacts im Gespräch. Es hat das „True Cost Accounting“ entwickelt, eine innovative Methode zur Berechnung der Auswirkungen von Nahrungsmittel- und Landwirtschaftsunternehmen auf das Natur- und Sozialkapital.

Ein Thema allerdings, das bei dieser Diskussion bisher kaum einbezogen ist, sind die ökologischen und sozialen Kosten beim

weltweiten Transport. Insbesondere der Seetransport, der mit erheblichen sozialen und ökologischen Problemen einhergeht, muss dringend kritisch untersucht werden.

Preise richten sich nach Angebot und Nachfrage. Kann die GEPA solche Marktgesetze einfach ignorieren?

Ignorieren können wir sie nicht, aber wir sind als GEPA vor 45 Jahren dafür angetreten, unfaire Marktgesetze zu verändern. Die GEPA muss sich als Händler natürlich nach dem Markt richten. Grundlegend ist für uns aber, dass wir immer zu fairen Bedingungen einkaufen und die Handelspraxis fair gestalten. In unserem Gesellschafterauftrag geht es zudem auch darum, durch Lobbyarbeit zur Veränderung ungerechter Welthandelsstrukturen beizutragen.

Welche Auswirkungen die Berechnungen von existenzsichernden Löhnen und existenzsicherndem Einkommen haben werden, können wir erst sagen, wenn die Kalkulationen abgeschlossen sind. Bei einigen Produkten werden wir vielleicht größere Discrepanzen feststellen und einen Mittelweg finden müssen, um sie zu verkaufsfähigen Preisen anbieten zu können. Wir wollen aber mit den Ergebnissen auch die öffentliche Diskussion suchen, um auf die Notwendigkeit existenzsichernder Löhne und Preise im Handel insgesamt hinzuweisen. | |

Das Interview führte **Wlfrid Wunden**, Misereor.



Foto: Florian Kopp / Misereor

Umweltrisiken beziffern

Über den betriebswirtschaftlichen Nutzen von Präventivmaßnahmen

| Tobias Bandel

Eine Landwirtschaft, die Lebensmittel für alle zu erschwinglichen Preisen produzieren soll, muss vor allem eines: Sie muss mit dem sich ändernden Klima umgehen können. Deshalb ist es wichtig, Umweltkosten zu messen und in die Bewertung agrarischer Betriebe einfließen zu lassen. So lässt sich Landwirtschaft nachhaltiger und klimaresilienter gestalten.

Eine zukunftsfähige Landwirtschaft braucht verschiedene Eigenschaften. Sie muss eine hohe Toleranz gegenüber Wasserstress entwickeln, also sich auf Trockenperioden oder Überschwemmungen einstellen. Zudem gilt es, den Boden nährstoffreicher zu machen, indem man Humus erhält und neu aufbaut, und Pflanzen mit Hilfe biologischer Vielfalt resistenter gegen Krankheiten zu machen. Praktiken wie weite Fruchtfolgen, Gründüngung und Untersaat, also die Aussaat einer zweiten Frucht zusammen mit der Hauptfrucht, aber auch Kompostierung und Mulchen, schonen-

de Bodenbearbeitung, reduzierter Einsatz von Kunstdüngern und Pflanzenschutzmitteln dienen einer regenerativen Landwirtschaft. Diese zielt auf die Regeneration des Bodens und ist dadurch sowohl naturschonend als auch kostensparend.

| Betriebe falsch bewertet

Im Juni 2016 wurde im Rahmen des Weltwirtschaftsrats für Nachhaltige Entwicklung das Natural Capital Protocol veröffentlicht. Naturkapital steht dabei für Biodiversität, Boden, Klima und Wasser. Das Protokoll soll Firmen als Richtlinie dienen, den eigenen Einfluss auf, aber auch Abhängigkeiten von Naturkapital zu definieren und idealerweise zu verringern.

Interessanterweise waren an dem Prozess zur Erstellung des Natural Capital Protocol die vier großen Wirtschaftsprüfer beteiligt: Deloitte, Ernst & Young, KPMG und PWC. Aufgabe von Wirtschaftsprüfern ist es normalerweise, am Ende des Jahres zu überprüfen, ob die ausgewiesenen Gewinne oder Verluste korrekt sind und wie diese sich auf den Wert einer Firma auswirken. In der Vergangenheit waren die-

se Analysen auf die üblichen ökonomischen Kennzahlen beschränkt. Nicht monetär darstellbare Erträge wie soziales oder ökologisches Engagement konnten nicht geltend gemacht werden. Es zählten eben nur die Zahlen. Genau dieser Logik folgend, haben diese Wirtschaftsprüfer erkannt, dass ihre derzeitigen Prüfmechanismen einige Risiken außer Acht lassen und dadurch Betriebe und Firmen falsch bewertet werden.

Bei Firmenbewertungen bezeichnet EBITDA ("Earnings Before Interest, Taxes, Depreciation and Amortization") den Gewinn vor Zinsen, Steuern, Abschreibungen. Im Falle einer Beispielbrauerei in Indien etwa liegt das EBITDA bei der Bewertung nach der bisherigen Methode bei 5,3 Prozent des Umsatzes. Nach neuem Risikoverständnis der Wirtschaftsprüfer müssten aber auch zusätzliche Kosten für Wasser, ein CO₂-Preis sowie der jeweilige Preis für Energie und Gerste beachtet werden. Das würde zu einem korrigierten, tatsächlichen EBITDA führen, das jetzt allerdings negativ wäre. Sollten diese Risiken bei der jährlichen Wirtschaftsprüfung nicht berücksichtigt werden, könnten Investoren bei einer vermeintlich profitablen Firma einsteigen und hinterher merken, dass sie falsch informiert wurden.

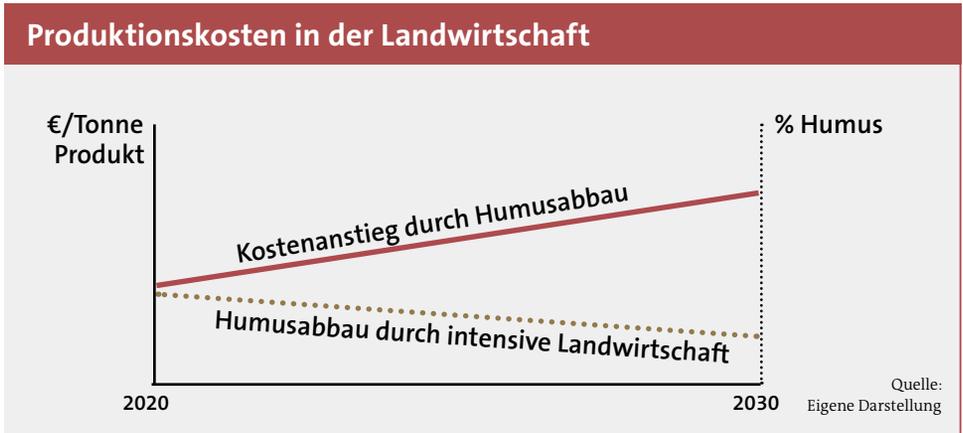
Die Kooperative Norandino in Piura, Peru, exportiert bio-fairen Kaffee. Finanzdirektor José Fernando Reyes Cordova beklagt, dass der Aufwand der Bauern nicht im richtigen Verhältnis zum Erlös steht.

Neben Wirtschaftsprüfern als Akteuren der Finanzmärkte bemühen sich zunehmend auch Ratingagenturen wie Standard & Poors, institutionelle Investoren wie Blackrock oder Versicherer wie der Allianzkonzern darum, Naturkapitalrisiken in ihren Firmen- und Branchenbewertungen zu berücksichtigen. Das wird Auswirkungen auf zukünftige Kreditwürdigkeit und die Konditionen für Versicherungsprämien haben. Besonders interessant war der im Juni 2018 veröffentlichte Bericht der Allianz zur Analyse von sektorspezifischen Naturkapitalrisiken. In dem in englischer Sprache verfassten Text heißt es Bezug auf die Lebensmittel- und Getränkebranche:

„Die örtliche Flora und Fauna auf den Plantagen der Lieferanten leidet in Folge intensiver Düngung und Pestizideinsatz. Gleichzeitig werden die Flächen weniger fruchtbar und anfälliger für die Folgen extremer Umwelteinflüsse. Die Lieferung von diesen Plantagen wird deshalb teurer, weniger zuverlässig und verursacht regelmäßig Liefer- und Betriebsunterbrechungen. Es braucht ein Unternehmensrisikomanagement, das diese Umweltrisiken auf Lieferantenebene berücksichtigt.“

Konkret heißt das, dass landwirtschaftliche Betriebe, die sich zum Beispiel um den Erhalt und Aufbau von Humus zur besseren Nährstoff- und Wasserhaltekapazität kümmern und damit für zuverlässige Erträge sorgen, zukünftig besser bewertet werden. Das gleiche gilt für Händler, die ihre Rohstoffe von nachhaltig produzierenden Betrieben beziehen. Diese „neue“ Logik der Allianz und anderer Akteure des Finanzmarktes folgt dabei einer simplen Annahme und ist in folgender Grafik dargestellt.

Betreiben wir eine Landwirtschaft oder setzen wir mit unserer Einkaufsstrategie Anreize für eine Landwirtschaft, die Humus abbaut, werden die Produktionskosten zwingend ansteigen. Denn die Erträge schwanken zunehmend, weil sie anfälliger für wechselnde klimatische und Wetterverhältnisse sind. Aus einer Unternehmensrisikoperspektive ist es also sinnvoller, landwirtschaftlichen Produzenten Anreize zu geben, eine heute etwas kostenintensivere, aber humuserhaltende Landwirtschaft zu betreiben, die über den Aufbau von Humus landwirtschaftliche Erträge, Lieferfähigkeit und damit Produktionskosten stabilisiert (siehe die Grafik).



Gemeinsam mit einigen unserer Kunden aus dem Lebensmittel- und Agrarsektor haben wir bei Soil & More Impact kurz nach der Veröffentlichung des Natural Capital Protocol begonnen, sogenannte Gesamtkostenanalysen in obigem Sinne für landwirtschaftliche Rohstoffe beziehungsweise Betriebe zu erstellen. Untersucht wurden Produkte wie Obst und Gemüse, Kaffee, Tee, Kakao, Milch, Rindfleisch und Getreide unterschiedlichster Herkunft. Neben den Naturkapitalrisiken wird mittlerweile auch an der Definition von sogenanntem Sozial- und Humankapital gearbeitet.

| Mehr Nutzen als Kosten

Die über hundert durchgeführten, auf Primärdaten basierenden Gesamtkostenanalysen haben durchaus zu unterschiedlichen Ergebnissen geführt, abhängig von der jeweils angewendeten landwirtschaftlichen Praxis wie Fruchtfolge, Bodenbearbeitung, Art und Intensität der Düngung. Jeder landwirtschaftliche Betrieb verursacht Treibhausgasemissionen, einige binden jedoch mehr CO₂ als sie emittieren, und sind somit „von Natur aus“ klimapositiv. Das ist gut für die Gesellschaft, weil hier Klimaschutz realisiert werden kann. Es ist aber vor allem auch gut für den Betrieb selbst, da mit jeder gebundenen Tonne Kohlenstoff Humus aufgebaut wird, der wiederum die Stressfähigkeit, die Zukunftsfähigkeit und damit die Lieferfähigkeit des Betriebes erhöht. Es ist eine netto positive Landwirtschaft möglich, die mehr CO₂ bindet als sie ausstößt, mehr Boden und Humus aufbaut als abträgt und Biodiversität als aktive Krankheitspräventionsmaßnahme ermöglicht.

All dies fließt in die neue Logik des Finanzsektors ein und wird bei Kreditwürdigkeitsuntersuchungen und Bewertungen zunehmend teils qualitativ, teils quantitativ berücksichtigt: Teilweise wird nur festgestellt, dass Risiken bestehen, teilweise werden diese bereits

mit Zahlen beziffert. Es ist nur eine Frage der Zeit, bis diese Parameter verpflichtend in die Buchhaltung einfließen. Das Financial Stability Board hat bereits eine Arbeitsgruppe zur Offenlegung klimabezogener finanzieller Angaben eingerichtet. Die Bundesanstalt für Finanzdienstaufsicht (BaFin) hat dies aufgegriffen und im September 2019 ein Merkblatt zu Nachhaltigkeitsrisiken veröffentlicht. Es ist dabei nicht von Belang, wie man zertifiziert ist. Wichtig ist, dass man die standortbedingten Anbaurisiken identifiziert sowie umfassend sinnvolle landwirtschaftliche Praktiken kontinuierlich umsetzt und dokumentiert.

Zusammenfassend lässt sich sagen: Die Naturkapitalrisiken, also die Auswirkungen auf oder Abhängigkeiten von Boden, Klima, Wasser und Biodiversität, sind für Unternehmen betriebswirtschaftlich von existenzieller Bedeutung. Die wirklichen Kosten von Lebensmitteln gehen dabei natürlich über das Naturkapital hinaus. Es geht auch um Sozial- und Humankapital, allerdings sind diese momentan noch schwer quantifizier- und monetarisierbar. Wir müssen den betriebswirtschaftlichen Nutzen von Präventivmaßnahmen durch regenerative im Gegensatz zu intensiver, monokultur-orientierter Landwirtschaft aufzeigen. Das Risikobewusstsein der Finanzmärkte hat sich erweitert und drängt zur Ökologisierung der Landwirtschaft. Wer zukünftig gute Ratings, Zugang zu Versicherungsschutz und Kapital erhalten will, muss sich um diese Aspekte kümmern. Nur Lebensmittel aus ökologischer, regenerativer Landwirtschaft werden mittel- und langfristig erschwingliche Preise für alle sichern.



Tobias Bandel ist Geschäftsführer von Soil & More Impacts und koordiniert die True Cost-Initiative.

Was ist politisch zu tun?



| Bernd Bornhorst

Die wirklichen Kosten unserer Lebensmittel fließen momentan noch nicht in den Preis ein. Denn die Auswirkungen auf die Gesundheit und die Mitwelt werden nicht einberechnet und auch die Leistungen der Bäuerinnen und Bauern zu deren Erhalt fehlen. Die Preise müssen auf der Grundlage der wirklichen Kosten gestaltet werden. Das erfordert politische und rechtliche Voraussetzungen.

Wenn Produkte günstiger erscheinen, als sie hinsichtlich ihrer versteckten ökologischen und sozialen Folgekosten eigentlich sind, werden sie mehr gekauft. Infolgedessen werden dann immer mehr von diesen für das Gemeinwohl schädlichen Produkten erzeugt. Das ist ein Fall von Markt- und Preisverzerrungen.

Deutlich wird in verschiedenen Artikeln dieses Dossiers auch, dass es Vorreiter gibt, die sich bereits auf den Weg gemacht haben und ihre Art des Wirtschaftens anders gestalten. Hier liegt ein großes Potenzial für Veränderung hin zu einer ökologisch-sozialen Transformation im Lebensmittelbereich. Mit der Einbeziehung aller Folgekosten stoßen wir nämlich in das Herz der Marktwirtschaft vor. Die wirklichen Kosten zu ermitteln und zu bilanzieren ist eine Weiterentwicklung im bestehenden System der Kostenkalkulation. Wenn Banken, Rating-Agenturen und Versicherungen nur noch dann Kredite vergeben, gute Bewertungen abgeben und gegen Risiken absichern würden, wenn die Unternehmen anhand konkreter Nachhaltigkeitskennzahlen nachweisen können, dass sie ökologische und soziale Folgen minimieren, dann würde das die Wirtschaftsweise enorm verändern. Erste Schritte in diese Richtung existieren bereits, beispielsweise im Bereich der Nachhaltigen Finanzwirtschaft.

Wir konzentrieren unsere Überlegungen hier auf landwirtschaftliche Produkte, weil sie eine besondere Rolle für das Gemeinwohl spielen. Sie sind sozusagen systemrelevant. Dabei denken wir nicht nur an die Versor-

gungssicherheit der Bevölkerung, sondern auch an die nachhaltige Landschaftsgestaltung, die öffentliche Gesundheit und die kulturelle Identität.

| Die gesamte Wertschöpfungskette wird beteiligt

Die Landwirte alleine werden eine solche Umstellung nicht schaffen können. Alle Akteurinnen und Akteure entlang der gesamten Wertschöpfungskette müssen einbezogen werden: die Erzeugerinnen und Erzeuger, der Landhandel, Verarbeiter wie Mühlen und Molkereien, der Lebensmittel-einzelhandel, die Politik und natürlich wir – die Verbraucherinnen und Verbraucher. Es ist dabei notwendig, Transparenz herzustellen und externalisierte Kosten kenntlich zu machen, also ökologische und soziale Kosten und negative Auswirkungen sichtbar zu machen. Nur durch die Aufnahme dieser Kosten in die Gesamtkalkulation erreichen wir, dass Kosten und Nutzen verursacherbasiert umverteilt werden.

Doch wie ist das praktisch möglich? Der Ansatz des „True Cost Accounting“, also die Aufnahme der wirklichen Kosten für das natürliche und soziale Umfeld in die unternehmerische Bilanzierung, ist hierfür das richtige Instrument. Dafür müssen zunächst politische und rechtliche Rahmenbedingungen geschaffen werden, die eine solche Vollkostenrechnung fördern und bewirken, dass die Bilanzpraxis auf Grundlage der wahren Kosten eines Produktes neu ausgerichtet wird. Sie sorgen auch dafür, dass diejenigen, die Lebensmittel nachhaltig und zukunftsfähig produzieren und verarbeiten, am Ende nicht draufzahlen und wettbewerbsfähig bleiben.

| Erster Schritt: Abgaben

Ein erster wichtiger Schritt hin zu solchen Rahmenbedingungen ist die finanzielle Belohnung und Bestrafung von Wirtschaftspraktiken auf der Grundlage ihrer Auswirkungen auf Mensch und Umwelt. In diesem Sinne sollten auf schädliche Praktiken entsprechend des Verursacherprinzips Abgaben gezahlt werden. Vorteilhafte Praktiken hingegen sollten durch Subventionen belohnt werden.

Die durch die Verschmutzung von Luft, Wasser und Boden entstehenden Kosten dürfen nicht länger auf die Allgemeinheit und zukünftige Generationen abgewälzt werden. Sie müssen verursachergerecht durch Abgaben bepreist werden. Im Rahmen des Klimapaketes hat die Bundesregierung die Anhebung des Preises für den Ausstoß des klimaschädlichen Kohlendioxids (CO₂) beschlossen, allerdings auf dem aktuell noch zu niedrigen Niveau von 25 Euro pro Tonne. Das Umweltbundesamt hingegen empfiehlt, 180 Euro pro Tonne CO₂ für die tatsächlichen Klimakosten anzusetzen.

Ähnliches müsste zum Beispiel für Pestizide gelten. Hier ist eine Abgabe je Wirkeinheit für das Umweltrisiko einzuführen. Sie wird bei den Importeuren beziehungsweise als Verbrauchsteuer bei den Händlern erhoben – bemessen nach der Giftigkeit des jeweiligen Produkts.

| True Cost Accounting verpflichtend

Der nächste Schritt ist es, Unternehmen der landwirtschaftlichen Wertschöpfungskette, die eine Größenordnung von 100 Millionen Euro Umsatz pro Jahr erreichen, zu verpflichten, Umwelt-, Sozial-, und Gesundheitsauswirkungen zu bilanzieren. Klar ist, dass die tatsächlichen Kosten und Leistungen derzeit meist nur geschätzt werden können. Modelle für eine wissenschaftlich fundierte Berechnung, darunter die der Universität Augsburg, existieren bereits, müssen aber weiterentwickelt werden.

| Soziale Kosten durch fairen Handel verringern

Die gesellschaftlichen Kosten ausbeuterischer Kinderarbeit oder moderner Sklaverei



Foto: Florian Kopp / Misereor



Foto: Inades / Misereor

Ganz links: Arbeiterinnen und Arbeiter füllen in Piura, Peru, Rohrzucker ab. Sie haben ein Anrecht auf faire Beschäftigungsbedingungen.

Links: Ausbeuterische Kinderarbeit im Kakaoanbau bleibt Daniel – anders als über einer Million Kinder in der Côte d'Ivoire – erspart.

Die Vergangenheit hat gezeigt, dass freiwillige Maßnahmen auf Seiten der Wirtschaft nicht ausreichen, um die ökologische und soziale Nachhaltigkeit der Produktionsweisen zu sichern. True Cost Accounting muss daher künftig nicht nur in der Lebensmittelwirtschaft, sondern in allen Wirtschaftsbereichen verbindlich angewandt werden. Nur so kann eine grundlegende Transformation unseres Wirtschaftssystems zu mehr Nachhaltigkeit und Gerechtigkeit erzielt werden.

dürfen nicht unberücksichtigt bleiben. Wengleich sich soziale Kosten von Produktion und Handel in einem True Cost-Ansatz derzeit nicht umfassend bilanzieren lassen, so werden doch viele Instrumente des Fairen Handels zur Richtschnur für notwendige gesetzliche Regulierung internationaler Wertschöpfungsketten: Dazu gehören das Verbot von unfairen Handelspraktiken, Mindestpreise,

menschenrechtliche Sorgfaltspflichten, Haftungsregelungen und Beschwerdemechanismen und nicht zuletzt die Verpflichtung auf langfristige Lieferbeziehungen in besonders risikobehafteten Lieferketten. In der Landwirtschaft sollte dies nicht nur die klassischen Produkte des Fairen Handels wie Kaffee, Kakao oder Baumwolle umfassen, sondern auch ähnlich globalisierte Produkte wie Gemüse, Futtermittel und Milchprodukte.



Dr. Bernd Bornhorst leitet die Abteilung Politik und globale Zukunftsfragen bei Misereor.

Anzeige

WELT-SICHTEN

Magazin für globale Entwicklung und ökumenische Zusammenarbeit

Das Magazin für alle, die mehr wissen wollen.

- Weltwirtschaft und Entwicklungspolitik
- Klimawandel und Umweltschutz
- Friedensfragen und die Rolle der Religionen

welt-sichten analysiert, hinterfragt, erklärt und macht neugierig. Die Zeitschrift bringt Reportagen, Berichte und Interviews über die Länder des Südens und über globale Fragen – jeden Monat direkt ins Haus.

Testen Sie uns!

Kostenloses Probe-Abo unter www.welt-sichten.org oder Telefon 069-58098-138



- sachlich
- kritisch
- gründlich

Dieses Dossier ist eine Beilage zur Ausgabe 7/8-2020 von welt-sichten.

Konzept und Redaktion: Markus Wolter und Wilfried Wunden (MISEREOR), Anja Ruf (im Auftrag von welt-sichten)

Gestaltung: Matthias Koch

Verantwortlich i.S.d.P.: Bernd Bornhorst (MISEREOR)

Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung des Herausgebers wieder.

Redaktion „welt-sichten“
Postfach 50 05 50
D-60394 Frankfurt/Main
www.welt-sichten.org

Bestellung bei:
bestellung@misereor.de



**MEIN START-UP BIETET
KEINE SATTE GEWINNE,
ABER SATTE MENSCHEN.**

Die Welt ist voller guter Ideen. Lass sie wachsen.
www.misereor.de/aminata



MISEREOR
● IHR HILFSWERK